

durch die Reagan-Administration einen weiteren Aufschwung. Allein für 1982 wird mit einer weiteren Steigerung bis zu 25 Milliarden Dollar gerechnet. Für diese enorme Ausdehnung der Rüstungsexporte in den 70er Jahren und Anfang der 80er Jahre gibt es eine Reihe miteinander verflochtener ökonomischer, politischer und militärischer Gründe:

- Entsprechend der militärischen Strategie zur Eindämmung des revolutionären Weltprozesses sind verschiedene proimperialistische Regimes vor allem in strategisch besonders bedeutsamen Regionen mit Ungeheuren Mengen von Waffen und anderer Militärtechnik ausgerüstet worden.

- Mit verstärkten Waffenlieferungen, der Unterstützung beim Aufbau von Rüstungsproduktionskapazitäten und bei der Herstellung von Rüstungsmaterial wird vor allem in Gebieten mit wichtigen Rohstoffen und Energieträgern, wie im Nahen und Mittleren Osten, versucht, die Verfügungsgewalt oder zumindest den Zugang zu diesen Rohstoffquellen zu sichern und antiimperialistische Befreiungsbewegungen im Keime zu ersticken.

- Die Ausdehnung der Rüstungsexporte dient den Monopolen zur Profitsicherung und Auslastung der in den letzten Jahren aus gebauten Produktionskapazitäten. Dabei ist vor allem der Umstand von Bedeutung, daß sich der Export von Waffen für die Monopole als noch profitabler erweist als die Rüstungsproduktion für die Streitkräfte der NATO-Länder selbst. Denn die Monopole brauchen in der Regel keine neuen Investitionen zur Produktionsvorbereitung zu tätigen, weil das bereits schon für die Herstellung von Waffen für die Streitkräfte ihrer Länder erfolgte. Da die Preise aber die

gleichen sind, erzielen sie somit aus dem Export einen zusätzlichen Extraprofit.

In den letzten Jahren zeigte sich in den imperialistischen Rüstungslieferungen eine drastische Tendenzwende. Wurden in den 50er Jahren bis Anfang der 70er Jahre 60 Prozent aller Rüstungsexportaufträge der USA-Monopole mit den entwickelten kapitalistischen Ländern abgewickelt und 40 Prozent mit anderen Ländern, so ergibt sich heute ein völlig anderes Bild. Auf die letztere Ländergruppe entfallen 80 Prozent aller Rüstungsexporte. Bei diesen Ländern handelt es sich in erster Linie um solche, deren Interessen mit denen der führenden NATO-Staaten verbunden sind und die ebenfalls eine Politik verfolgen, die gegen den revolutionären Fortschritt gerichtet ist.

Unproduktive Verwendung finanzieller Mittel

Als ein weiterer Aspekt imperialistischen Waffenhandels ist hervorzuheben: Waffenkäufe erhöhen erstens keineswegs die Sicherheit der Abnehmerländer und stellen zweitens eine unproduktive Verwendung finanzieller Mittel dar. Nach vorliegenden Angaben leiden in Asien, Afrika und Lateinamerika 600 Millionen Menschen chronisch an Hunger. In diesen Ländern sind 40 bis 50, in einzelnen sogar 70 bis 90 Prozent der erwachsenen Bevölkerung Analphabeten. Das Fehlen von Trinkwasserquellen bzw. der Mangel an gereinigtem Wasser ist die Hauptursache für Infektionskrankheiten.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) würden jährliche Investitionen in Höhe von neun Milliarden Dollar benötigt, um diese Entwicklungsländer 1990 mit Trinkwasser versorgen zu können. Auch unter diesem Gesichtspunkt schlug die Sowjetunion im Rahmen ihrer vielen Initia-

Mit der zunehmenden Lieferung modernster Waffen bzw. neuester Rüstungstechnologie entstehen neue Gefahren für die Sicherheit in verschiedenen Teilen der Welt. Die reaktionären und aggressiven Kräfte einzelner Länder tätigen die Waffenimporte nicht, um ihre Bevölkerung vor kriegerischen Konflikten zu schützen. Ihr erklärtes Ziel ist es vielmehr, im Aufträge bzw. im besten Einvernehmen mit den USA und anderen aggressiven Kreisen der NATO jedwede progressive nationale Regungen auch in Nachbarländern mit Waffengewalt niederzuhalten bzw. sie zu zerschlagen. Mit dieser die Völker verachtenden Politik nimmt die Gefahr einer Ausweitung regionaler Konflikte zu weltweiten militärischen Auseinandersetzungen zu.

tiven zur Abrüstung und Rüstungsbegrenzung schon 1973 auf der UNO-Vollversammlung vor, die Militärbudgets der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates um zehn Prozent zu kürzen. Das wären Milliarden gewesen, deren Einsatz die Lösung dringlichster sozialer Probleme möglich gemacht hätte.

In der ganzen Welt setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, daß es im Interesse der Völker liegt, eine Wende zur Abrüstung zu erreichen. Es muß gelingen, die Konfrontationspolitiker der NATO in die Schranken zu weisen und ihre Vorhaben zu durchkreuzen. Wie das geschehen kann, dafür haben die sozialistischen Staaten, allen voran die UdSSR, den Regierungen und Völkern realisierbare Vorschläge auf den Verhandlungstisch gelegt.

Wilfried Klank
Institut für Internationale
Politik und Wirtschaft